

Gemäss dem Bericht zur Inneren Sicherheit und Rechenschaftsbericht des Bundesamtes für Polizei des Jahres 2008 treten Rechtsextreme selbstbewusster auf<sup>1</sup>. Ansonsten seien die Vorfälle eher zurückgegangen. Trotzdem sind in der Region Basel neue Aktivitäten zu beobachten. Am 1. Mai 2009 z.B. musste die Basler Kantonspolizei einen unbewilligten und nicht angekündigten Fackelumzug von etwa 100 rechtsextremen Personen auflösen. Ausserdem wurde anfangs Jahr bekannt, dass sich eine Sektion Basel der PNOS<sup>2</sup> gegründet hatte. Es stellt sich daher die Frage, wie die Regierung auf diese Phänomene reagiert und welche Massnahmen sie ergriffen hat, denn diesbezüglich war bisher in der Öffentlichkeit nichts zu vernehmen. Auf der Homepage der kantonalen Verwaltung Basel-Stadt findet man zum Thema Rechtsextremismus einzig den Hinweis auf die Anlauf- und Beratungsstelle für Rechtsextremismus beider Basel. Dort erfährt man zusätzlich, dass es eine gemeinsame Arbeitsgruppe "Rechtsextremismus" von Basel-Landschaft und Basel-Stadt gibt. Aber worin deren Aufgaben, Massnahmen und Empfehlungen bestehen, ist nicht ersichtlich.

Daher bitte ich die Regierung, um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Erfahrungen und Strategien hat die Regierung Basel-Stadt im Umgang mit Rechtsextremismus?
2. Welche Art von Rechtsextremismus zeigt sich hier in Basel-Stadt? Sind die oben erwähnten Ereignisse eine neue Erscheinung? Welches Gefahrenpotential geht davon aus?
3. Wie reagierte die Regierung auf den versuchten Fackelumzug am 1. Mai von rechtsextremen Personen? Welche Massnahmen hat sie danach ergriffen, insbesondere präventive Massnahmen?
4. Wurden im Zusammenhang mit dem Fackelumzug Personenkontrollen durchgeführt oder wurde (im Gegensatz jeweils zur Anti-WEF-Demo) mehr Zurückhaltung geübt? Wenn ja, warum?
5. Welche Konsequenzen (zum Beispiel in Bezug auf die finanziellen Mittel) haben diese neuen Erscheinungen für die Anlauf- und Beratungsstelle für Rechtsextremismus beider Basel?
6. Welche Erfahrungen hat die Anlauf- und Beratungsstelle für Rechtsextremismus beider Basel in den letzten beiden Jahren gemacht? Gibt es dazu einen Tätigkeitsbericht?
7. Wie stellt sich die bikantonale Arbeitsgruppe zu diesen Ereignissen und welche Massnahmen hat sie ergriffen?
8. Verfügt die bikantonale Arbeitsgruppe über grundlegende präventive Konzepte gegen Rechtsextremismus? Steht die Arbeitsgruppe, in Folge der grenzüberschreitenden Vernetzung des Phänomens, mit Präventionspartnern im Ausland in Austausch?
9. Reichen die aktuellen Mittel aus, um mit dem Phänomen des Rechtsextremismus umzugehen? Oder sieht die Regierung hier einen Handlungsbedarf? Sind insbesondere auch die Strukturen der bikantonalen Arbeitsgruppe und der Anlaufstelle beider Basel genügend?
10. Ist die Regierung bereit, zum Thema Rechtsextremismus vermehrt präventiv tätig zu werden? Und ev. ein Massnahmenpaket mit Empfehlungen an Behörden, Ämter und andere involvierte Personen, die damit umgehen müssen, zu erarbeiten?

<sup>1</sup> Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2008, Mai 2009, Publikation des Bundesamtes für Polizei, abrufbar unter: [www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/mi/2009/ref\\_2009-05-19.html](http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/mi/2009/ref_2009-05-19.html); S. 11:

"Tendenziell hat sich die rechtsextreme Szene in den letzten Jahren wenig verändert. Rechtsextreme treten heute aber selbstbewusster auf, scheuen die Öffentlichkeit

weniger als früher und versuchen, sich teilweise in der Parteipolitik zu etablieren. Sie stehen zunehmend auch öffentlich zu ihren Überzeugungen, ersuchen die Behörden um Demonstrationsbewilligungen und pochen auf Grundrechte.“

<sup>2</sup> Partei National Orientierter Schweizer (PNOS)

Tanja Soland